



Klaus-Peter Murawski  
Bürgermeister

Vorsitzender

Verband der bündnisgrünen  
Kommunalen Wahlbeamtinnen  
und Wahlbeamten Deutschlands  
e.V.

c/o GAR Landesverband  
Baden-Württemberg  
Forststr. 93 –  
70176 Stuttgart

Email: [post@gruenkom.de](mailto:post@gruenkom.de)  
[www. Gruenkom.de](http://www.Gruenkom.de) (im Aufbau)

Stuttgart, 6. 06. 2010

### **Bundesregierung schafft im Scheitern Röslers bei der Finanzierung des Gesundheitswesens eine Entlastung von Oben nach Unten**

Der Bundesvorsitzende des Verbands der grünen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Deutschland Grünkom e.V. , der Stuttgarter Bürgermeister Klaus-Peter Murawski, kritisiert das Ergebnis der monatelangen Diskussionen der Bundesregierung zur Finanzierung des Gesundheitswesens scharf : „Es ist einerseits gut für die Durchschnittsverdiener, dass Röslers Kopfpauschale gescheitert ist, weil die Bürgerversicherung die vernünftige Lösung ist, andererseits ist das, was jetzt auf die gesetzlich Versicherten zukommt noch schlimmer : Die Besserverdiener und die Unternehmen werden überhaupt nicht mehr an der Finanzierung des Gesundheitswesens beteiligt, die Lasten tragen allein die gesetzlich Versicherten über Beitragserhöhungen von ca. 20 € monatlich; unsolidarischer kann man das Problem nicht lösen ! „

Murawski findet es völlig unakzeptabel, dass die gesetzlich Versicherten für erheblich höhere Beiträge schlechtere Leistungen erhalten werden. Nichts anderes bedeutet es nämlich, wenn die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen um 4 Milliarden € im Jahr gekürzt werden sollen.

„Die Krankenhäuser wissen heute schon nicht, wie sie die anstehenden Tariferhöhungen am Ende des Streiks der Ärztinnen und Ärzte bezahlen sollen. Eine weitere von der Bundesregierung verordnete Einnahmekenkung bei den Kliniken wird an vielen Orten zu einer Verschlechterung der Leistungen für die Patientinnen und Patienten führen. Für die betroffenen Menschen werden die Zusammenhänge bewusst verschleiert. und am Ende werden die Krankenhäuser die Prügel einstecken, die die Gesundheitspolitik der Bundesregierung verdient hätte.“